

Konečný, Zdeněk

## Zur Machtstellung Österreich-Ungarns am Vorabend der russischen Revolution 1905-1907

*Sborník prací Filozofické fakulty brněnské univerzity. C, Řada historická.*  
1959, vol. 8, iss. C6, pp. [79]-100

Stable URL (handle): <https://hdl.handle.net/11222.digilib/102765>

Access Date: 18. 02. 2024

Version: 20220831

Terms of use: Digital Library of the Faculty of Arts, Masaryk University provides access to digitized documents strictly for personal use, unless otherwise specified.

ZDENĚK KONEČNÝ

ZUR MACHTSTELLUNG ÖSTERREICH-UNGARNS  
AM VORABEND DER RUSSISCHEN REVOLUTION  
1905—1907

Die Grundfrage dieser Studie ist festzustellen, ob sich in den böhmischen Ländern und eigentlich auch in ganz Österreich am Anfange unseres Jahrhunderts eine revolutionäre Situation gebildet hat, wann sie entstand und warum sie nicht in eine Revolution umwuchs. Schließlich wird es nötig sein, die Frage zu beantworten, welchen Charakter die damalige österreichische Revolution hätte haben können.

Was verstehen wir eigentlich unter dem Begriff „revolutionäre Situation“? Die Hauptkennzeichen formulierte am ausführlichsten V. I. Lenin. Am vollständigsten kann man die Definition der revolutionären Situation betrachten, die in der Studie „Krach der II. Internationale“ enthalten ist:<sup>1</sup> „Welche sind, allgemein gesagt, die Kennzeichen der revolutionären Situation? Wir werden uns bestimmt nicht irren, wenn wir auf diese drei Hauptkennzeichen hinweisen: 1. Die herrschende Klasse kann ihre Übermacht nicht in unveränderter Form behaupten; eine bestimmte Krise der „höheren Schichten“, eine Krise der Politik der machthabenden Klasse bildet eine Spalte, in die die Unzufriedenheit und die Empörung der unterdrückten Klasse flutet. Zum Ausbruch der Revolution genügt es gewöhnlich nicht, daß die niederen Schichten nicht auf die alte Weise leben wollen, sondern es ist ebenso nötig, daß die „höheren Schichten“ nicht auf die alte Weise leben können. 2. Die Not und das Elend der unterdrückten Klasse spitzt sich außerordentlich zu. 3. Dies alles erhöht wesentlich die Aktivität der Massen, die sich in der „ruhigen Periode“ ohne weiteres berauben lassen, in den stürmischen Zeiten werden sie aber durch die ganze Situation während der Krise, so auch durch die „höheren Schichten“ selbst zu einem selbstständigen historischen Auftreten getrieben.“

Das alles war eine Aufzählung der objektiven Änderungen, die als historische Gesetzmäßigkeit aus der Entwicklung der Gesellschaft entstehen, welche weder von dem Willen eines Einzelnen abhängig sind, noch von irgend welchen politischen Parteien; sie sind aber im ganzen Komplex absolut notwendig, denn ohne dieselben könnte die Revolution vielleicht überhaupt nicht entstehen, und wenn schon, dann unter ganz ungewöhnlichen Ausnahmsbedingungen.

Eine revolutionäre Situation entstand gesetzmäßig vor allen bisher bekannten westeuropäischen Revolutionen. Wir kennen dieselbe auch aus Rußland in den Jahren 1859—1861, 1879—1880 und am Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution im Jahre 1905—1907 war sie auch vorhanden. Aus allen Bei-

spielen entspringt eine wichtige Tatsache: nicht aus jeder revolutionären Situation entwickelt sich eine Revolution.

Die Revolution braucht zu ihrem Aufflammen noch etwas anderes; zu den objektiven Änderungen muß sich noch eine grundsätzliche, subjektive Änderung hinzugesellen, „nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse, revolutionäre Massenaktionen zu verwirklichen, die genug stark sind, die alte Regierung zu stürzen (oder zu untergraben), die sonst niemals, nicht einmal während der Zeitspanne der Krise ‚fällt‘ oder ‚gestürzt‘ wird.“<sup>2</sup>

Die Arbeiterpartei kann nicht dafür bürgen, daß aus der oder jener revolutionären Situation eine Revolution hervorgeht; ihre Leitung hat aber die Pflicht, der Entstehung der Revolution zu helfen. Was ist dazu notwendig? Unaufhörlich den Massen zu beweisen, daß eine revolutionäre Situation besteht und daß dieselbe eine ganz konkrete Tatsache ist. Weiterhin ist es notwendig, das revolutionäre Bewußtsein und die Entschlossenheit des Volkes zum revolutionären Kampfe zu wecken und zu stärken, und damit alle organisatorischen und ideologischen Voraussetzungen zu schaffen. Die Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse muß sich der revolutionären Situation anpassen. Die revolutionäre Situation an einem praktischen Beispiel zu charakterisieren, ist sicher ziemlich schwer. Es ist dabei notwendig, ständig im Augenmerk zu haben, daß das Gesetz einer jeden Revolution erst die allgemeine Krise ist, die sowohl die Ausgebeuteten als auch die Ausbeuter betrifft. Über die Notwendigkeit einer richtigen Verteilung der Kräfte während der revolutionären Situation schrieb V. I. Lenin in der Schrift „Die Kinderkrankheit der Linksschwänke im Kommunismus“:<sup>3</sup> (Es ist notwendig, daß) „alle uns feindlich gesinnten Klassenkräfte genügend ins Chaos gebracht werden, daß sie sich genügend gegenseitig bekämpfen und sich genügend durch den Kampf erschöpfen, der über ihre Kräfte geht; daß 2. alle ungeschlossenen, unsicheren, unbeständigen Mittelelemente, d. h. die Kleinbourgeoisie, die kleinbürgerliche Demokratie sich zum Unterschied von der Bourgeoisie schon vor dem Volke genügend durch ihren Bankrott in der Praxis demaskiert haben; daß 3. im Proletariat eine Massenlust entsteht und heftig ansteigt, die entschiedensten, grenzlos mutigen revolutionären Aktionen gegen die Bourgeoisie zu unterstützen. Erst dann, wenn man alle oben entworfenen, kurz geschilderten Bedingungen ins Auge gefaßt und den Augenblick richtig gewählt hat, ist die Zeit für die Revolution reif, ist unser Sieg sicher.“

Die klarste Tatsache, die der Historiker verhältnismäßig leicht demaskieren kann, ist jene steigernde Unterdrückung des Proletariats und hierbei auch der Mehrzahl der Kleinproduzenten (vor allem der Landwirte), die zu dem Stande der Entfaltung der Erzeugungskräfte und zu dem Grade des Selbstbewußtseins und der Anspruchsvolligkeit der Massen im markanten Widerspruch steht. Dieser Moment der aufkommenden revolutionären Situation ist nicht nur der am meisten beobachtete, sondern er scheint auch die Grunderscheinung der revolutionären Situation darzustellen. In den meisten Fällen würde es aber noch nicht zum Ausbruch der Revolution genügend, desto weniger aber zur Sicherung ihres erfolgreichen Verlaufs.

Dazu ist noch nötig, daß die machthabende Klasse — die Bourgeoisie — nicht im Stande ist, die ruhige Entwicklung des Staates zu sichern und die Grundbedingungen für den Gang der kapitalistischen Staatsordnung in demselben zu schaffen. Es muß eine derartige Periode eintreten, wo alle Versuche, eine politische Reform zustande zu bringen, mißlingen, wo sie einen Ausgang aus der

kritischen Situation nicht verbürgen. Bei solchen Zuständen gibt es keinen Schatz für Reformen.

Im Vorwort müssen wir uns noch einiger grundlegender Entwicklungselemente in Österreich bewußt werden, und zwar im Vergleich mit den benachbarten europäischen Staaten. Die Revolution im Jahre 1848 bildete den Hauptgrenzstein zwischen der feudalen und kapitalistischen Herrschaft in den österreichischen Ländern, welche sich dadurch in das Weltsystem des Kapitalismus eingliedert haben. Nach dem Jahre 1848 begann in Österreich die bürgerlich-demokratische Revolution, deren erste Etape in einer Reihe von verschiedenen Reformen ihre Entwicklung im Jahre 1867 endete.<sup>4</sup>

Die Revolution im Jahre 1848 war nicht siegreich, das bedeutet, daß alle Reformen, welche die Bourgeoisie während der Jahre 1848—1867 durchgesetzt hat, Reformen von „oben“ waren. Trotzdem ist es nötig, zu begreifen, daß es von der Zeit an die Österreich eine beständige bürgerliche Verfassung gab. Dieser Grundfaktor wird manchmal durch das ungenaue, Konstatieren „über ein absolutistisches Österreich“ in Schatten gestellt. Andererseits haben die Reformen „von oben“ immer nur einen begrenzten Einfluß und in keinen Falle können sie die Überbleibsel des Feudalismus beseitigen. Diese Schlußfolgerung ist für das Verständnis der weiteren Entwicklung der österreichisch-ungarischen Monarchie ziemlich von Bedeuten und gibt die Möglichkeit, die Bedingungen hier und im zaristischen Rußland zu vergleichen.

In Rußland und in Österreich entstand eine bunte Mosaik von feudalen und kapitalistischen Elementen, die überwiegend waren. Es genügt aber nicht die bloße Feststellung einiger ähnlicher Entwicklungszüge in Österreich und Rußland. Neben einer bedeutenden Ähnlichkeit der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in beiden Ländern ist es möglich, auch auf Unterschiede hinzuweisen, welche vielleicht eine der Ursachen waren, daß sich die revolutionäre Bewegung nicht gleichmäßig entwickelt hat. Die Tatsache, daß wichtige Überbleibsel des Feudalismus in der Basis und in dem Überbau der kapitalistischen Ordnung in den russischen und österreichisch-ungarischen Gebieten festgestellt werden können, berechtigt die Schlußfolgerungen, auch wenn sie derweilen nur theoretisch sind, daß es am Anfang der imperialistischen Periode in beiden Staaten gleich vorteilhafte, objektive Bedingungen für eine Revolution gegeben hat. In Österreich-Ungarn konnte nämlich die Entwicklung zu keiner anderen revolutionären Lösung kommen, als zu einer bürgerlich-demokratischen (ebenfalls in Rußland), weil in der Epoche von 1848—1867 von weitem noch nicht alle bürgerlich-demokratischen Freiheiten realisiert waren. In Österreich-Ungarn konnte sich daher nur eine solche revolutionäre Situation bilden, die eine bürgerlich-demokratische Revolution erzeugen konnte, aber keine unmittelbar sozialistische.

Die Analogie der russischen und österreichisch-ungarischen Entwicklung in der Epoche des Kapitalismus galt nur in den größten Charakterzügen; spezifisch traf sie begrifflich nicht zu. Als ernstesten Unterschied kann man die Tatsache betrachten, daß Rußland am Anfang des 20. Jahrhunderts vor seiner ersten Revolution stand, während Österreich schon die bürgerliche Revolution im Jahre 1848 durchgemacht hat, obgleich diese unvollendet blieb. Eine Analogie der österreichischen Revolution vom Jahre 1848 kann man in den russischen Verhältnissen während der revolutionären Situation von 1859—1861 bemerken und dies in den Reformen der 60. Jahre des 19. Jahrhunderts, besonders aber

anlässlich der Aufhebung der Leibeigenschaft. Diese elementare Bremse des russischen Lebens wurde durch Reformen von „oben“ abgeschafft, nicht durch eine bürgerliche oder bürgerlich-demokratische Revolution. In Österreich dagegen wurde der Feudalismus durch die Revolution beseitigt. Schon aus diesem Grunde kann die Entwicklung in beiden Ländern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und am Anfange des 20. Jahrhunderts nicht als identisch betrachtet werden. Trotz wichtiger Ähnlichkeiten stellen wir auch nicht weniger wesentliche Unterschiede fest, welche durch die verschiedene Entwicklung der Industrie und des Ackerbaues in beiden Ländern verursacht wurden. Die wesentliche Wahrheit besteht doch: Rußland und Österreich-Ungarn wurden durch die Anfangsentwicklung des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus vor eine ernste Aufgabe gestellt — vor die Möglichkeit einer bürgerlich-demokratischen Revolution.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts war Österreich-Ungarn ein Staatenkonglomerat, dessen Grundcharakteristik, abgesehen von anderen Zügen, die nationale Buntheit war. Die österreichische Revolution im Jahre 1848 war viel zu schwach, um nationale Fragen zu lösen; die Tiefe ihrer Widersprüche nahm im Gegenteil noch zu, so daß es zu einem österreichisch-ungarischen Ausgleich im Jahre 1867 kommen mußte, zur Bildung einer dualistischen Monarchie.

Welches war das Wesen des österreichisch-ungarischen Dualismus? Die Verteilung der Macht unter die Deutschen und Ungaren, die beiden herrschenden Nationalitäten. Die Tendenz des Ausgleichs war gegen die unterdrückten Völker, vor allem gegen die slawischen gerichtet. Sehr klar sprach über dieses Problem Lenin:<sup>5</sup> „Österreich wurde in Folge seiner eigentümlichen Nationalitätssituation zu einem Staate mit zwei Zentren (einem dualistischen) — und nun wird es zu einem Staate mit zwei, respektive drei nationalen Zentren (einem trialistischen): mit Deutschen, Ungarn und Slawen“. Auch in dieser Hinsicht nehmen wir die Unterschiede zwischen Österreich und Rußland wahr. Österreich-Ungarn wurde zu einem Staate mit zwei, respektive drei nationalen Zentren, während Rußland mit einem Zentrum „auskam“, dem großrussischen. Der gegenseitige Kampf der vielen Nationalitäten in Österreich-Ungarn war das markanteste und zugleich das undankbarste Erbe der unbeendeten österreichischen Revolution im 19. Jahrhunderts.

Die Buntheit der völkischen Struktur wird am besten durch die Statistik betont, die bei der Volkszählung angeschafft wurde. In Österreich bildeten die macht-habenden Deutschen 36 % aller Bevölkerung. In der Mehrzahl waren sonst die Tschechen und Slowaken, die 23 % der Bevölkerung bildeten, und die Polen 16 %. Die anderen Nationen die Slowenen, Serben, Italiener, Rumänen und Ungaren bildeten verhältnismäßig kleinere Gruppen.<sup>6</sup> Der Anteil der Magyaren in Ungarn bildete nicht mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Das waren die offiziellen Ergebnisse der Volkszählung, welche aber immer die Tendenz hatte, vomöglich viele der slawischen Bevölkerung zu germanisieren oder ungarisieren. Nirgends ist es aber gelungen, die Wahrheit zu verbergen, daß beide macht-habenden Nationalitäten nur die Minderheit der österreichisch-ungarischen Bevölkerung bildeten welche dadurch nur ein labiles Fundament des Staatenbundes bildete.

Ein wichtiger Faktor in der Entwicklung der österreichischen kapitalistischen Wirtschaft war ihr schnelles Tempo, welches aber nicht die Kraft hatte, das Niveau der Produktion der übrigen großen kapitalistischen Mächte Europas zu

erreichen. Im Hintergrunde der europäischen kapitalistischen Produktion offenbarte sich die österreichische Produktion in einigen der wichtigsten Bereiche, wie folgt: (Die Angaben werden in 1000 Tonnen angeführt):

Staat:	Steinkohle:	Eisenerz:	Roheisen:	Stahl:
Osterreich-Ungarn	12 360	3662	1471	945
Deutschland	109 290	18 964	8141	6646
Frankreich	32 722	5448	2567	1660
England	228 773	14 028	9454	4904
Rußland	16 151	6107	2726	1830

Ein ähnliches Bild entsteht bei dem Vergleich des Jahresverbrauches einiger Produkte pro Person. Im Verbrauch von Kohle und Eisen reihte sich Österreich erst nach England, Deutschland und Frankreich ein; nur Rußland erreichte nicht einmal das niedrige Niveau Österreichs. Dasselbe Mißverhältnis entstand auch im Bereich der Leichtindustrie, ausgenommen einige Zweige der Lebensmittelindustrie (Zucker, Bier usw.).

Als typischen Wegweiser in der Entwicklung der österreichischen Wirtschaft im Vergleich mit dem europäischen Durchschnitt der kapitalistischen Mächte könnte man die Dichte des Eisenbahnnetzes betrachten. Die Länge der Eisenbahnverbindungen erreichte Ende 1900 in Österreich-Ungarn den Durchschnitt von 5,5 km auf einer Fläche von 100 km<sup>2</sup>. Dieser Stand übertraf den ganzeuropäischen Durchschnitt von 2,8 km, aber er erreichte bei weitem nicht den Stand der höchst entwickelten Staaten, denen Österreich-Ungarn so gern gleich gekommen wäre, nämlich: Belgien (21,9 km), England (11,4 km), Deutschland (9,5 km), Schweiz (9,5 km), Niederlande (8,6 km) Frankreich (8 km), Dänemark (7,9 km) und Italien (5,6 km). Auch wenn der absolute Vergleich das Wesen der Sache bis zu einem bestimmten Maße verzerrt, gab das markante Mißverhältnis der österreichischen Länder zu den übrigen europäischen Staaten die Voraussetzung zu der grundlegenden Feststellung, daß die industrielle Produktion, obwohl dieselbe eine schnelle Aufschwungstendenz besaß, bei weitem nicht den anderen größeren kapitalistischen Staaten Europas gleichkommen konnte.

War aber die industrielle Produktion für das damalige Österreich überwiegend? Was für ein Niveau erreichte die Ackerbauproduktion Österreichs im Vergleich zum übrigen Europa? Es gibt verschiedene entscheidende Faktoren zur Bestimmung des wirtschaftlichen Charakters des Landes. Einer von ihnen war das Verhältnis der beschäftigten Bewohner in den beiden Grundsektoren der Produktion, in der Industrie und im Ackerbau. Nach der Volkszählung im Jahre 1900 beschäftigte die Industrie Österreichs ungefähr  $2\frac{3}{4}$  Millionen der Bevölkerung, während der Ackerbau  $8\frac{1}{2}$  Millionen beschäftigte. In einem Jahrzehnt des heftigen Aufstieges des imperialistischen Charakters der Produktion verbesserte sich die Situation wesentlich zugunsten der Industrie, obwohl die Kräfte der angestellten Bevölkerung auf beiden Seiten der Produktion keinen qualitativen Wechsel brachten. Im Vergleich mit dem benachbarten Deutschland geht die Rückständigkeit Österreichs noch klarer hervor. Deutschland war schon in den 90. Jahren des 19. Jahrhunderts ein fast vorwiegend industrieller Staat, während Österreich noch im Jahre 1910 ein agrar-industrieller Staat war.

Man hätte erwartet, daß die österreichische, überwiegend landwirtschaftliche Produktion eine sehr entwickelte wäre, aber im Vergleich mit anderen europäischen Staaten war es immer wieder das Gegenteil. Für alle Arten von Getreide

hatte Österreich ein sehr niedriges Prozent von Anbaufläche, welche durch die Anbauflächen in Deutschland, Rumänien, Frankreich, Belgien, Spanien, Dänemark und manchmal auch in Rußland vielfach übertroffen wurde.

Noch beweiskräftiger waren die verhältnismäßig niedrigen Hektarerträge, die der Ernte der obengenannten Länder nicht gleichkommen konnte. Nur Rußland blieb immer hinter Österreich zurück. Vielleicht genügt das als Beweis für die Unreife des österreichischen Ackerbaues am Anfange des 20. Jahrhunderts. Die österreichische Einfuhr von Getreide in die Jahren 1900—1905 überstieg um 11 Millionen q die Ausfuhr, sonst hätte der Bedarf der Bevölkerung nicht gedeckt werden können, auch wenn dieser nicht groß war. In demselben Zeitabschnitt war der Verbrauch eines österreichischen Bewohners z. B. 255 kg Getreide, während der Bedarf in Deutschland 435 kg betrug.

Die bisher gezogenen Schlußfolgerungen sollten uns klarmachen, wie sehr das agrarisch-industrielle Österreich am Anfange des 20. Jahrhunderts zurückgeblieben war. Wenn wir immer den Vergleich mit Rußland im Augenmerk haben, stoßen wir in der Literatur auf eine interessante Anschauung des Zsigmond Pál Pach von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, der vor kurzer Zeit zu beweisen versuchte, daß Rußland sogar ein halbes Jahrhundert hinter der Entwicklung der österreichischen Ackerbauproduktion stand.<sup>7</sup> Wieweit Pachs Anschauung im Lichte neuer Forschungen bestehen wird, ist problematisch. Es ist sehr wahrscheinlich, daß er sie korrigieren müssen wird. Der schnelle Entwicklungsgang des Ackerbaues in beiden Ländern zeigte mehr Ähnlichkeiten als Widersprüche, vor allem waren sie nicht so markant. Der österreichische Ackerbau übertraf sicherlich den russischen, bei weitem aber nicht um ein halbes Jahrhundert. Zum Hauptgedanken der vorläufigen Schlußfolgerung ist es noch nötig zu bemerken, daß die bisher angeführten Angaben von gesamtösterreichischen Charakter waren und unter den einzelnen Ländern keinen Unterschied machten.

Wenigstens vom Gesichtspunkt der böhmischen Länder aus ist es aber besonders nötig, einen sorgfältigen Unterschied zu ziehen, weil die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der einzelnen Länder der österreichischen Monarchie während des 19. und 20. Jahrhunderts zu den wichtigsten Charakterzügen gehörte. Der Anfang der kapitalistischen Entwicklung betraf in Österreich ein Zentrum, das die führende wirtschaftliche und dadurch auch politische Aufgabe hatte, nämlich Wien. Bald begann sich aber die Situation zu ändern, der Schwerpunkt der industriellen Entfaltung wurde in die böhmischen Länder verschoben und während der 80. Jahre wurden diese zu Hauptzentren der österreichischen Produktion. Dieser Stand wurde in den nächsten Jahren noch bekräftigt und befestigt. Ich will ein Beispiel aus dem Jahre 1905 anführen, wo sich die böhmischen Länder schon mit 79 % an dem gesamten Kohlenbergbau Österreichs und mit 56 % an dem Hüttenwesen beteiligten. Wie unsere Tabelle zeigt, war das schon das Verhältnisergebnis der Angestelltenzahl in den verschiedenen Industriezweigen.

Die böhmischen Länder standen früher markant auch im Vordergrund der Ackerbauproduktion. Statistischen Daten zeigen, daß die böhmischen Länder im Jahre 1900 44 % der gesamten Kornernte produzierten, 39 % Weizen, 59 % Gerste, 41 % Hafer, 42 % Kartoffeln und 93 % Zuckerrüben.<sup>9</sup> Nur die Ernte der Ackerbauprodukte in den böhmischen Ländern konnte mit den Erträgen der anderen europäischen Staaten, zum Beispiel des benachbarten Deutschlands ver-

Industrieller Betriebszweig:	Österreich:	Davon die böhmischen Länder:
Bergbau und Hüttenwesen	195 191	130 176
Stein- und Erdindustrie	226 609	153 024
Metallbearbeitende Industrie	346 600	157 787
Maschinenbau	196 666	92 245
Chemische Industrie	56 012	25 666
Bauwesen	466 578	236 670
Textil	519 860	402 831
Papier- und Fellwaren	113 195	47 557
Schuhwarenindustrie	210 523	103 452
Bräuereiwesen	29 283	16 745
Zuckerfabrikation	27 234	25 648

glichen werden. In Österreich bildeten sich außer den böhmischen Ländern allmählich auch andere nationale Zentren der kapitalistischen Wirtschaft. Ich will zum Beispiel Polen, Ungarn und schließlich die südslawischen Gebiete anführen. Diese schwächten allmählich die einstige führende Rolle und die Oberhand des Wiener Zentrums ab.

Der Wechsel in der wirtschaftlichen Struktur mußte auch die Verschiebung der politischen Kräfte zur Folge haben. Wien wurde nicht nur wirtschaftlich geschwächt, sondern gleichzeitig auch politisch. Da finden wir also eine der Antworten auf die Frage, warum Österreich eine so bewegte politische Entwicklung durchgemacht hat, welche in Folge der ungleichmäßigen wirtschaftlichen und politischen Entfaltung wesentlich zur Labilität der österreichischen Regierungen beitrug, die in der Zeit zwischen 1900 und 1914 zu schnell und zu oft wechselten, ohne dabei einen Ausgang aus der wirtschaftlichen und politischen Krise Österreich-Ungarns zu finden.

Die wichtigsten Gründe der ungleichmäßigen Entwicklung und des Rückstandes Österreich-Ungarns entsprangen einer mächtigen und einflußreichen Quelle: der unbeendeten bürgerlichen Revolution von 1848—1849.

Nach den bisherigen Betrachtungen müssen wir uns schon die Frage stellen, in welcher Weise sich Österreich in das höchste Stadium der kapitalistischen Entwicklung, in den Imperialismus eingliedert hat. Als Ausgangspunkt betrachten wir den theoretischen Grundsatz, daß sich auch in Österreich der Einzug des Imperialismus durch eine höhere Konzentration der Produktion melden mußte, und zwar durch die Entstehung von Monopolen, Finanzkapital, usw.

Als Beweis für die Konzentration der Produktion in Österreich war z. B. das Resultat der Betriebszählung im Jahre 1902. Was können wir daraus lesen? Große Betriebe, die wenigstens 100 Personen beschäftigten, bildeten nur 0,3 % der gesamten Zahl der Betriebe, sie beschäftigten aber 23,6 % aller Arbeiter und konzentrierten 64,3 % des gesamten Maschinenparks; beinahe 50 % gehörten dabei der Schwerindustrie. Die Konzentration und die Ausstattung mit Maschinen war in Österreich auf der höchsten Stufe der Schwerindustrie, ähnlich wie in allen anderen kapitalistischen Staaten und bei der sogenannten Urproduktion und in einigen Grundzweigen, wie z. B. in der chemischen und elektrischen Industrie. Auch die Entfaltung der Aktiengesellschaften, deren Zahl sich in den Jahren 1890—1907 verdoppelt hat, bietet Beweismaterial für die Kapitalkonzentration; das Kapital der Gesellschaften hat noch einen heftigeren Aufstieg durchgemacht. Ein augenscheinlicher Maßstab für das „Überwachsen“ der kapitalistischen Produktion in die imperialistische bildeten die Kartelle, welche in allen maßgebenden Betriebszweigen entstanden. Die Kartelle wurden in den öster-



reichischen Verhältnissen zur Hauptform der kapitalistischen Monopole. In kleineren Maße treffen wir schon in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts eine Monopolisierung in höheren Grade — die Syndikate. Im Jahre 1907 waren in Österreich 75 große Industriekartelle,<sup>10</sup> welche von den 90. Jahren des 19. Jahrhunderts bis zur wirtschaftlichen Krise am Anfange des 20. Jahrhunderts allmählich entstanden. Die Mehrzahl der angeführten Zahl der Kartelle betraf die Textilindustrie (19), die Metallindustrie (16), die Glasindustrie (11) und die chemische Industrie (10). Beinahe gänzlich kartellisiert wurde die Eisen- und Stahlindustrie.

Diese Tatsachen geben das Recht zur Schlußfolgerung, daß die österreichische Wirtschaft die Stufe des „kleinen“ und zersplitterten, „freien“ kapitalistischen Unternehmens überschritten hat und sich in der Verwirrung der imperialistisch-ökonomischen „Grundsätze“ befand, welche die kapitalistischen Unternehmer und Forscher für eine Umklammerung der Produktion in feste ökonomische Gesetze hielten, welcher die marxistische Wissenschaft und nun auch die historische Erfahrung einen Platz in der Geschichte vorherbestimmt hat: die höchstmögliche Stufe des Kapitalismus, aus der kein anderer Ausgangspunkt ist — als die sozialistische Revolution. Österreich schloß sich erst nach der Wirtschaftskrise in 1900—1903 in vollem Maße den anderen imperialistischen Staaten Europas und der ganzen Welt an.

Zur Monopolisierung der Produktion gesellten sich auch andere charakteristische Züge hinzu: neue Aufgaben der Banken, Entstehung des sogenannten Finanzkapitals und eine größere Ausfuhr des Kapitals als Ware.

Auch in Österreich begannen die Banken an den Unternehmen teilzunehmen und allmählich auch das Unternehmen der Aktiengesellschaften und Kartelle zu beherrschen. Das Industriekapital war soviel von dem Bankkapital infiziert, daß es sich schließlich mit demselben zu einem mächtigeren Ganzen vereinte, als die bloßen Summen der vorigen Kapitalformen waren — nämlich mit dem Finanzkapital.

Sein Hauptzentrum war in Österreich immer Wien. Die Wiener Großbanken beeinflussten am meisten die österreichischen Regierungsbeamten; das österreichische Finanzkapital bemühte sich, auch eine Finanzoligarchie zustande zu bringen. Und nicht umsonst. Schon am Ende des 19. Jahrhunderts und am Anfange des 20. Jahrhunderts war die Macht der österreichischen Banken so groß, daß die Monarchie ohne ihr Kapital beinahe bei keiner Transaktion auskommen konnte.

Im 20. Jahrhundert hat sich die Situation soweit zugespitzt, daß die tatsächliche Herrschaft in Österreich-Ungarn von einem mächtigen finanziellen Konsortium ausgeübt wurde, dessen Leitung folgende Banken hatten: Das Bankhaus Rothschild, die Kreditanstalt, die ungarische allgemeine Kreditbank, die Berliner Diskontgesellschaft, die Boden-Kreditanstalt und schließlich alle österreichischen und ungarischen Banken, auch die böhmischen nicht ausgenommen. Der einzige, manchmal auch gleichwertige Konkurrent der Rothschildmacht in Österreich-Ungarn war eine Gruppe von Banken an der Spitze mit den deutschen Banken, dem Wiener Bankverein und der niederösterreichischen Eskontgesellschaft. Beide oben erwähnten Gruppen des Finanzkapitals waren Herrscherinnen über die österreichische Wirtschaft und über die österreichische Regierung.

Vom Gesichtspunkt der österreichischen Monarchie aus gesehen, hatte aber die Zusammensetzung des Finanzkapitals den wesentlichen Nachteil, daß es

nämlich ähnlich wie in Rußland zu sehr von ausländischem Kapital beinflußt war. Die Abhängigkeit vom ausländischen Kapital äußerte sich besonders markant in den böhmischen Ländern.

Eine bedeutsame Aufgabe des Kapitals bestand in seiner Ausfuhr über die Grenzen Österreich-Ungarns. Die Problematik der Ausfuhr des österreichischen Kapitals ist noch nicht ganz durchforscht. Trotzdem erlaubt die Lage einige Wahrnehmungen zu machen, wenigstens vom Standpunkt des tschechischen Kapitals.<sup>41</sup> Seine Kraft hing mit der schnellen Entwicklung der Wirtschaft in den böhmischen Ländern zusammen. Da die böhmischen Länder an der Spitze der Entfaltung der österreichischen Wirtschaft standen, wurde auch die tschechische Bourgeoisie die stärkste, nach der Bourgeoisie der herrschenden Nationalitäten in Österreich. Die vorteilhaften Bedingungen in den böhmischen Ländern beschleunigten die Akkumulation des böhmischen Kapitals und die Entstehung des Kredit-Zentrums der Živno-Bank, welche auch in Mähren Filialen hatte — in M. Ostrau, Olmütz, Místek-Frydek, vor allem aber in Brünn. So waren die Grundlagen und die Voraussetzungen der Expansion des böhmischen Kapitals ins Ausland gegeben.

Die Expansion des böhmischen Kapitals begann noch im 19. Jahrhundert, obgleich es sich noch in großem Maße mit dem Vordringen in die übrigen österreichischen Länder begnügen mußte, die wirtschaftlich viel mehr rückständig waren. Das Hauptabsatzgebiet des böhmischen Kapitals war Gallizien und der Balkan, der es auch weiterhin blieb, und zwar in noch größerem Maße. Unterwegs nach dem Balkan unternahm es das tschechische Kapital nicht, an vorteilhaften Machinationen in Ungarn teilzunehmen. Auch wenn mit dem Einzug des Imperialismus die Ausfuhr des Kapitals für Österreich-Ungarn zu Gesetz wurde, war die Kapitalexpansion ins Ausland vielleicht die meist typische und die verbreitetste gerade für das tschechische Kapital. Diese Tatsache hing mit der andauernden Konkurrenz der tschechischen und der deutschen Bourgeoisie um die Übermacht in den böhmischen Ländern zusammen, wenigstens aber in deren Industriezentren.

Die tschechische Bourgeoisie bemühte sich, ihr Kapital zu vermehren und dabei auch ihre wirtschaftliche und politische Macht — nämlich durch die Ausfuhr ins Ausland. Es ist selbstverständlich, daß ihr das „österreichische Ausland“ bald zu wenig war, und deshalb richtete sie allmählich den Lauf des Kapitals und der Ware nach den verschiedensten Himmelsrichtungen und in die mannigfaltigsten, nahen und entferntesten Staaten.

Auch wenn die Richtungen des tschechischen Kapitals und der Ware aus den böhmischen Ländern nach allen Seiten führten, begannen sich doch bald zwei oder drei der wesentlichsten zu behaupten, an welchen die tschechische Bourgeoisie das größte Interesse hatte. Die älteste Richtung führte nach dem Balkan, von hier aus in die Türkei. Der andere Weg führte über Gallizien nach Polen und Rußland. Schließlich führte der dritte Weg, der am längsten und romantischsten war, weil er über fast alle nichteuropäischen Kontinente nach Südamerika und Afrika führte.

Es ist selbstverständlich, daß die Wege des böhmischen Kapitals die gleichen waren wie die des österreichischen Kapitals. Durch das Hervorheben des tschechischen Kapitals sollte angedeutet werden, daß es bei der Ausfuhr relativ das deutsche Kapital übertraf, daß es sich auf den Außenhandel orientierte und auf verschiedene Unternehmen von größerer Bedeutung, als es das übrige Kapital

Österreichs hat. Dies war nämlich sein Ausgangspunkt, wie über seinen Konkurrenten die Oberhand in den böhmischen Ländern zu gewinnen, nämlich dem Kapital der deutschen Bourgeoisie. Daß die Taktik der böhmischen Bourgeoisie richtig war, davon zeugte z. B. der Vergleich des Wuchses des tschechischen Bankkapitals mit den ganzösterreichischen Angaben.

Das tschechische Bankkapital hat sich in dem Jahrzehnt zwischen 1890—1900 beinahe vervierfacht, in den nächsten 10 Jahren fast sechsmal vergrößert, während das österreichische Bankkapital sich in den 20 Jahren kaum verdoppelt hat.<sup>12</sup> Auch in dieser unregelmäßigen Entwicklung des böhmischen Kapitals können wir die Gesetzmäßigkeit des Imperialismus wahrnehmen.

Ein nicht weniger beweisgebendes Zeugnis der schnellen Entwicklung des böhmischen Kapitals war dessen Vergleich mit der Entwicklung des deutschen Kapitals — beider aus dem Gebiete der böhmischen Länder. In den 20 Jahren (1890—1910) vermehrte sich das deutsche Kapital in den böhmischen Ländern 2 $\frac{1}{2}$ mal, während sich das tschechische 29mal vergrößerte. Vom politischen Standpunkt aus war das ein Aufstieg der böhmischen Bourgeoisie, welcher, von einer Seite aus gesehen, dringend die Widersprüche mit dem deutschen Lager verschärfte, auch wenn andererseits die politische Situation des österreichisch-ungarischen Imperialismus beide Nationalitäten zwang, untereinander wenigstens ein scheinbares Übereinkommen aufrechtzuerhalten.

Kehren wir also zur Ausfuhr des Kapitals und der Ware zurück. Ihre Richtung und Stärke sehen wir an dem Beispiel der Olmützer Handels- und Gewerbekammer schon im Jahre 1890.<sup>13</sup> Auch wenn es sich nicht ausschließlich um tschechisches Kapital und tschechische Ware handelt, war jedoch das Kapital der böhmischen Bourgeoisie und die Ware, die von tschechischen Arbeitern hergestellt wurde, überwiegend. Damals war noch die Ausfuhr der Ware überwiegend, und zwar waren es vor allem Erzeugnisse der leichten Industrie; aber auf gleichem Wege wie die Ware setzte sich auch das Kapital durch. Es wäre möglich, eine ausführliche Aufzählung anzuführen, aus der drei Hauptwege der böhmischen Ware und des böhmischen Kapitals ins Ausland hervorgehen: 1. der balkanische Weg, der in der Türkei endete, 2. der polnisch-russische Weg und 3. der amerikanisch-afrikanisch-australische Weg.

Auf dem ersten Wege, dem balkanischen, gingen aus der Olmützer Handelskammer verschiedene Maschinen, Eisenerzeugnisse, Eisenbahnwagen, Textilwaren aller Gattungen, Kleidungsstücke, Schuhwaren, Holz, Möbel, Zucker, Töpferwaren, Zündhölzer; Papier u. a. Der polnisch-russische Weg wurde Zeuge der Textilwarentransporte, Transporte von Eisenerzeugnissen, Maschineneinrichtungen, Roheisen, Gießereiprodukte, Blech- und Emailgeschirr, Hüte, Malz, Möbel, Pottasche, Koks, Steinkohle, Töpferwaren, Zündhölzer usw. Ähnlich war die Situation auch auf dem dritten Wege. Die Aufmerksamkeit unserer Studie ist vor allem auf den russischen Weg gerichtet, der am Anfang des 20. Jahrhunderts stark in den Vordergrund trat.

Allen Handels- und Finanztransaktionen halfen ausgiebig die österreichischen Konsulate. Diese Vertreter der österreichischen landwirtschaftlichen Interessen waren auf der ganzen Welt zerstreut. In Rußland waren die österreichischen Hauptkonsulate in Moskau, Petersburg und Odessa, für die russische Besitznahme in Polen, in Warschau. Außerdem waren noch österreichische Konsulen in Kiew und Tiflis.<sup>14</sup>

Der österreichische Imperialismus bemühte sich, ins europäische Rußland vor-

zudringen, von hier aus dann nach Sibirien, aus Sibirien in die Mongolei und in die anderen Staaten des Fernen Ostens. Es wurde vor allem mit dem niedrigen Niveau der einheimischen Bevölkerung Sibiriens und der übrigen Gebiete spekuliert.

Im Jahre 1902 veranstaltete das Handelsministerium eine Aktion, in der es auch die Handelskammer in Olmütz auf die günstige Situation aufmerksam machte, die sich in höherem Maße für die tschechische Ware und das tschechische Kapital in Rußland und im russischen Gebiete Polens bildete. Die slawische Bevölkerung jener Länder empfand mit Unlust das Aufblühen des Handelsbundes mit Deutschland — und zwar aus begreiflichen Gründen. Das Ministerium forderte die Olmützer Handelskammer in einer geheimen Schrift auf, die sich bietenden Gelegenheiten auszunützen. Bald darauf begannen eingehendere Nachrichten und gründlichere Analysen, vor allem über die industrielle und landwirtschaftliche Produktion aus verschiedenen Orten Rußlands, zu erscheinen. Eine der eingehendsten befaßte sich mit dem sibirischen Gebiete in der Umgebung von Tomsk.<sup>15</sup>

Die Erforschung des Tomsker Gebietes wurde deswegen durchgeführt, damit das österreichische Handelsministerium und die österreichischen Finanzleute über die eventuellen Möglichkeiten des Absatzes informiert werden. Die Resultate waren wirklich positiv. Der österreichische Imperialismus war sich überaus bewußt der vorteilhaften Märkte und finanziellen Spekulationen, die sich in Rußland anboten, nur daß sie nicht ganz zu denselben gelangen konnten, wegen des deutschen und des englischen Primats. Österreich bemühte sich, die bevorzugte Stellung des deutschen und englischen Kapitals und Handels in Rußland wenigstens in einigen Gebieten allmählich zu entfernen und selbst drang es in die allseitig fruchtbare Erde des europäischen und asiatischen Rußland vor. Eines der ersten Gebiete sollte Tomsk sein, das zweite Wladiwostok.<sup>16</sup>

Auf allen vorbereiteten Unternehmen sollte das böhmische Kapital und die böhmische Ware die erste Rolle spielen, damit ihre slawische Herkunft helfe, umso schneller die Deutschen und Engländer zu entfernen. Der Hauptbeitrag sollte die Ausfuhr des Kapitals sein, dessen Geltendmachung in Sibirien den österreichischen Unternehmern sehr günstig schien. Eine der besten Gelegenheiten zum Vordringen nach Rußland bot sich während des russisch-japanischen Krieges dar. Schon am Vorabend dessen Ausbruches machte das Handelsministerium die Olmützer Handelskammer aufmerksam, die Nachrichten der Agenten aus Petersburg nicht zu verpassen, die über die Bedürfnisse des Vorkriegsrußlands informieren sollten. Die österreichischen Industriellen und Finanzmagnaten hatten nicht die Absicht, nur Rußland zu unterstützen, sondern gleichzeitig auch seinen Gegner, Japan, was aus derselben strengst geheimen Schrift hervorging.<sup>17</sup> Nicht nur daß der russisch-japanische Krieg die Handels- und Finanzbündnisse Österreichs mit der russischen Unternehmerwelt nicht verletzte, im Gegenteil, in einigen Hinsichten wurden sie noch gestärkt. Eine vertrauliche Information des Handelsministeriums der Olmützer Handelskammer am Anfange des Jahre 1904 spricht überzeugend davon, daß z. B. die Lieferungen für Moskau und seine Umgebung auch weiterhin wünschenswert seien, besonders was die Erzeugnisse betraf, die zur Kriegführung unvermeidlich waren. Etwas schwieriger war nur die Situation für Firmen, die vorwiegend mit dem sibirischen Milieu arbeiteten. Das Ministerium war aber überzeugt, daß die „sibirische Krise“ nur vorübergehend sei und durch die Unruhe und das Chaos bei dem Ausbruch des Krieges hervorgerufen wurde. Die österreichischen Unternehmer erwarteten im Gegenteil, daß

der Krieg viele günstige Bedingungen für die Ausfuhr der Ware nach Rußland und für die Kapitalanlage mit sich bringen werde. Die Pläne, die die russischen Absatzgebiete betrafen, wurden allgemein bestätigt, aber sie schlugen auf der anderen Seite, in Japan, fehl. Je mehr die Japaner die Situation an der Ostfront beherrschten, desto weniger Hoffnungen gewährten sie dem österreichischen Kapital. Japan wurde im Gegenteil zu einem gefährlichen Konkurrenten, nicht nur, daß es die österreichische Einfuhr in sein Gebiet aufhob, aber es gefährdete noch dazu ihre Betätigung im benachbarten China.<sup>48</sup> Im Vergleich mit den übrigen europäischen Mächten war die Teilnahme der österreichischen Ware und des Kapitals klein. Man konnte sogar behaupten, daß der russisch-japanische Krieg die Konkurrenz des ausländischen Kapitals noch zugespitzt hat. Warum hätte sich sonst die österreichisch-russische Handels- und Exportgesellschaft bemüht, eine spezielle Organisation zu gründen, die in die mannigfaltigsten Gebiete Rußlands ihre Vertreter schicken sollte, um dort Österreich größere Absatzmöglichkeiten zu sichern? Fast alle größeren Firmen wurden zu Mitgliedern dieser Gesellschaft.

Je mehr der österreichische Imperialismus wuchs, desto mehrere Aktionen unternahm er, damit es ihm gelinge, sich mit seinen Konkurrenten in Rußland auszugleichen — vor allem mit Deutschland und England. Im Jahre 1904 entstand eine spezielle Gesellschaft der Interessenten für den Export nach Rußland,<sup>49</sup> welche die Initiatorin einer noch spezielleren Organisation wurde, des „Österreichischen Aktionkomitees anlässlich der Zollvertragsverhandlungen mit Rußland“. Die Organisation hatte zur Aufgabe, über die Situation in Rußland zu informieren und vor allem für die Eingliederung in die Handels- und Finanztransaktionen mit Rußland zu agitieren, die betreffenden Regierungsmitglieder zu überzeugen, daß in Österreich günstige Bedingungen für solche Verbindungen mit Rußland wären und daß Österreich ein spezielles Interesse dafür hätte.

In den Jahren 1898—1902 war der österreichisch-ungarische Handel mit Rußland, was die Ausfuhr betrifft, am 5. Platze hinter Deutschland, England, USA und Frankreich, in der Einfuhr aus Rußland sogar am 6. Platze hinter Deutschland, England, den Niederlanden, Frankreich und Italien. Die Gesellschaft war mit diesem Zustand nicht zufrieden. Die Hauptschuld für diese untergeordnete Rolle Österreichs am wirtschaftlichen Verkehr mit Rußland wurde einem angeblich nicht entsprechenden Zollvertrag gegeben. Darin sollte der Grund des österreichischen Mißerfolgs stecken, nicht aber in der Interesslosigkeit an russischen Märkten. Der Kreis derer, die am Export nach Rußland interessiert waren, hat sich nämlich unterdessen auf mehr als 1000 Unternehmer und Institutionen verbreitet.

Die erwartete radikale Änderung der Ausfuhr nach Rußland und der Einfuhr aus Rußland kam nicht einmal nach dem Kriege zu Stande, denn der Krieg wurde noch während seiner Dauer von der Revolution abgelöst. Damit soll nicht gesagt werden, daß die österreichischen Unternehmer von den Versuchen abließen, nach Rußland einzudringen, dies geschah aber nur individuell und mit schwankenden Resultaten.

Einer der Beweise eines erfolgreichen Durchstoßes des tschechischen Kapitals und der Ware nach Rußland war die Herausgabe eines Adressbuches polnischer und russischer Firmen im Bereiche der Glasfabrikation, der Ziegelfabrikation, des Töpfereiwesens, des Maschinenbaus, Bergbaus, Hüttenwesens, der Kalkproduktion und der Ziegelsteinproduktion. Das Adressarium wurde im Jahre 1905

in Böhmen herausgegeben, damit es den Unternehmern die Orientierung in der russischen Industrie und Wirtschaft erleichtere.<sup>20</sup>

Schon mehrmals wurde erwähnt, daß die Bürokratie der österreichischen Ämter zu einem Hindernis, oder wenigstens zu einer Bremse für die wirtschaftlichen Transaktionen Österreichs und Rußlands wurde. Das System des imperialistischen Unternehmens allein brachte noch viele andere Hindernisse mit sich.

Über einen Fall erfahren wir aus Kiew. Ein tschechischer Teilnehmer des dortigen wirtschaftlichen Treibens erzählt davon in seinem Briefe.<sup>21</sup> Er legte Zeugnis ab über die ungewöhnlich rege „Zusammenarbeit“ der tschechischen Unternehmer bei der Entwicklung der Kiewer örtlichen Industrie: „Den jetzigen tschechischen Firmen gehört Anerkennung; die wuchsen aus den kleinsten Anfängen und in ziemlich kurzer Zeit auf. Es kam ein tschechischer Emigrant und wurde reich. So ist es gut.“ Zwischen den tschechischen Unternehmern entstand aber bald eine zu große Konkurrenz, die die Tschechen daran hinderte auf dem russischen Markte in Kiew einen noch günstigeren und ertragreicheren Platz einzunehmen. In Kiew sollte sogar das Sprichwort entstanden sein: „Tscheche, hüte dich vor einer tschechischen Firma.“

Ein anderer der damaligen Kiewer Korrespondenten legte die Möglichkeiten des tschechischen Exportes nach Rußland auseinander. Der Erfolg des tschechischen Fabrikanten oder Finanzmagnaten konnte in Rußland nur durch fähige reisende Vertreter gesichert werden, die nicht nur ihr Fach gut beherrschten, sondern ebenso perfekt die russische Sprache. Der Geschäftsreisende konnte den tschechischen Fabriken bestimmte Zentren sichern, die sich dann um den Verkauf tschechischer Ware bemühten. Solche Zentren existierten in Rußland schon am Anfange des 20. Jahrhunderts und arbeiteten sehr erfolgreich. Für wirtschaftliche Maschinen war das günstigste Zentrum in Odessa, Rostow, Charkow, für Schiffe-reibedürfnisse Petersburg, usw. Der Verfasser empfahl den Direktoren oder den Besitzern der Fabrik, Rußland selbst zu durchreisen und damit persönlich die gesuchten Verbindungen anzuknüpfen, um den einzelnen Betrieben in Rußland einen Kredit zu gewähren.

Die tschechischen Unternehmer sehnten sich deshalb nach einer speziellen Bank, die all diese finanziellen Machinationen durchführen würde. Es blieb aber nur bei den Plänen und Projekten der sogenannten Slawischen Bank, die das Durchdringen der böhmischen Bourgeoisie nach Rußland sichern wollte. Als Direktor wurde J. Preiss ausersehen. Die Bank sollte in die sphäre ihres Interesses nicht nur Rußland einschließen, sondern die Slawen der ganzen Welt. Deshalb wurde als Hauptzentrum nicht nur Prag und Moskau vorherbestimmt, aber auch Konstantinopel, Saloniki und New York. Die erste Aufgabe war aber die Eroberung Rußlands.

Zur Realisierung dieses gewaltigen Finanzplanes kam es aber nicht, deshalb blieb den österreichischen Unternehmern nichts anderes übrig, als auch weiter auf eigene Faust mit den ausländischen Konkurrenten in Rußland zu streiten, von denen der gefährlichste Deutschland war. Österreich war sich dessen bewußt, daß es gegen Deutschland solange nichts zu schaffen vermag, insofern es selbst wirtschaftlich nicht stärker sein und seinem Konkurrenten gleichkommen werde. Aber den einzigen günstigen Weg zur Stärkung seiner eigenen Industrie und des Finanzkapitals sah es in Rußland:<sup>22</sup> „... einen Strich über die deutsche Rechnung konnte ein Handelsabkommen Österreichs mit Rußland gegen Deutschland sein. Dabei würde es sich um die besten Märkte der deutschen Industrie in Rußland

handeln. Wir sind zwar industriell schwach, aber leicht könnten wir stärker werden, wenn uns Absatz in dem großen russischen Reiche gesichert würde. Die russischen Grenzen der deutschen Industrie zu versperren und der unsrigen zu öffnen, das würde für uns bald einen großen Aufschwung bedeuten.“

Der Nachricht des Gesandten Aehrenthal zufolge war Rußland bereit, mit Österreich umfangreichere geschäftliche Abkommen abzuschließen; seine Theorie wurde durch den Besuch des Tronfolgers, Erzherzogs Ferdinand d'Este in Petersburg bestätigt. Der Besuch hatte einen wirtschaftlichen und politischen Charakter. Von der österreichischen und auch von der russischen Seite her wurde dieser Besuch als ein Symbol der zukünftigen engeren Annäherung empfunden. Es war, als ob sich Österreich dadurch von Deutschland loslösen und eine engere Freundschaft mit Rußland schließen wollte. Wie symbolisch das war — zwei konservativste und zurückgebliebenste Länder Europas wollten sich durch enge wirtschaftliche und politische Bande verbinden.

Von der wirtschaftlichen Seite her hätte Österreich Rußland gebraucht, doch die politische Notwendigkeit fesselte es an Deutschland. Dieser Widerspruch hat bestimmt nicht zur Stärkung Österreich-Ungarns am Anfange des 20. Jahrhunderts beigetragen. Die österreichische vernachlässigte Wirtschaft konnte sich nicht an einem noch elenderen „Leibe heilen“, nur die Bourgeoisie der böhmischen Länder erbeutete für sich aus Rußland einen beträchtlichen Teil. Im Ganzen zeigte die Kapitalausfuhr ein weiteres Zeichen der imperialistischen Wirtschaft in Österreich.

Mit zahlreichen feudalen Überbleibseln in Österreich-Ungarn hing eine sehr charakteristische Seite der Entfaltung des Finanzkapitals zusammen, nämlich die enge Verbindung mit den Großgrundbesitzern, mit der landwirtschaftlichen Bourgeoisie. Der Adel und die agrarische Bourgeoisie nahmen in allen wichtigen Banken eine vorteilhafte Lage ein. Dies ermöglichte derselben ihr großes Grundeigentum, welches bald von hunderten verschiedener Betriebe zu wimmeln begann, von Zuckerfabriken, Spiritusbrennereien, Bierbräuereien, Ziegeleien, Schamottfabriken, Sandgruben, Steinbrüchen, usw. Allein nicht nur das Bodeneigentum und der Besitz kleiner industrieller Betriebe überwiegend landwirtschaftlicher Produktion machten aus dem Adel und der landwirtschaftlichen Bourgeoisie einen wichtigen Faktor in der finanziellen Welt Österreichs. Der Adel und die Großgrundbesitzer besaßen oft Betriebe von Schlüsselbedeutung: Kohlengruben, Hütten, Gießereien u. a. Es genügt das Ostrau-Karwiner Steinkohlenbecken zu nennen. Wer waren die Hauptbesitzer dieser Schächte? Rothschild und Guttman — die Repräsentanten der reichsten Bourgeoisie einerseits, andererseits der Graf Wilczek, Zwierzina, der Fürst Salm, die Grafen Larisch und der Erzherzog Friedrich insgesamt Adelige und Großgrundbesitzer, die außer den Kohlengruben die reichsten Latifundien in den böhmischen Ländern besaßen. Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts hatten die Adelligen einen ertragreicheren Teil der Kohlengruben in den Händen als die Bourgeoisie. Vom Jahre 1902 an wurde die Situation durch die Entstehung der Aktiengesellschaften kompliziert, in denen sich das Bankkapital und das Industriekapital erst vollkommen mit dem landwirtschaftlichen oder dem Kapital der Adelligen vermischte. Daß auch in dieser Etappe die Position des agrarischen Kapitals sehr stark war, das bezeugt z. B. die Eingliederung aller Probleme des Bergbaues, des ganzen Resortes in die Kompetenz des Ministeriums für Landwirtschaft.

Erst in dem Zeitraum nach der wirtschaftlichen Weltkrise am Anfange des

Jahrhunderts überwog das Finanzkapital allmählich die Möglichkeiten der Großgrundbesitzer und kurzerhand ging ihre Macht einfach in demselben um. Durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in dem Reichsrat im Jahre 1907 wurden die Großgrundbesitzer auch von der politischen Macht wesentlich entfernt, denn sie behaupteten sich nur im Herrenhaus. Bis zu dieser Zeit stellten sie jedoch für Österreich eine Macht dar, mit der man immer und überall rechnen mußte. Schließlich setzte sich ihre Einfluß auch nach dem Verlust in dem Abgeordnetenhaus in dem Landtage durch, sowohl in Mähren, als auch in Schlesien, in Gallizien und sonst überall. Es ist verständlich, denn Österreich blieb am Ende des 19. Jahrhunderts und am Anfange des 20. Jahrhunderts weiterhin ein agrarisch-industrieller Staatenbund, wobei in der landwirtschaftlichen Produktion der adelige Großgrundbesitz entschied. Man kann sich deshalb nicht wundern, daß die Großgrundbesitzeraristokratie in Österreich ziemlich lange viele Privilegien behielt und daß sie so lange in die österreichische Wirtschaft und in das politische Leben viele feudale Überreste hineintrug.

Wir können sagen, daß die Großgrundbesitzeraristokratie zusammen mit der reichsten Großbourgeoisie noch am Anfange des 20. Jahrhunderts den Kern der machthabenden Koalition bildeten. Die adelige großbürgerliche Regierungskoalition bildete einen der typischsten Züge der österreichischen Bourgeoisie am Ende des Jahrhunderts. Auch sie beschleunigte den Verfall Österreichs.

Noch bleibt uns die letzte Aufgabe übrig, nämlich die Lage der Arbeiterklasse Österreichs zu schildern, vor allem aber in den böhmischen Ländern, und zugleich auch die der Landwirte, denn diese beiden Gesellschaftsklassen empfanden an eigenen Körper am grausamsten all die Änderungen in der österreichischen Wirtschaft und Politik. Andererseits waren es Klassen, die durch die ihre Kraft einen revolutionären Umsturz in dieser Entwicklung verursachen konnten. Die schnelle Entfaltung und die starke Konzentration der österreichischen Industrie verursachte nicht weniger auch den schnellen Wuchs und die Konzentration der Arbeiterklasse. Die ungleichmäßige Entfaltung der Industrialisierung verursachte auch die Unregelmäßigkeit in der Zahl und der Konzentrierung der Arbeiter in den einzelnen Ländern. Es ist klar, daß sich die optimalsten Bedingungen in diesem Sinne in den böhmischen Ländern bildeten.

Die böhmischen Städte wuchsen, die Industrie zog viele zu Proletariern gewordene Bauern aus den Dörfern an sich. In Mähren und in Schlesien bildeten sich zwei große industrielle Zentren heraus. Eines bildete sich in Brünn, das andere in M. Ostrau. Die vorgeschrittene Differentiation des Dorfes bürgte für genügenden Bevölkerungszuschub aus den Dörfern in die industriellen Städte. Darüber hinaus trat hinzu die landwirtschaftliche Krise am Ende des 19. Jahrhunderts ferner, die Verbindung der Bourgeoisie mit dem Adel und die starke Kapitalisierung der landwirtschaftlichen Produktion, dies alles zusammen verursachte eine derartig schnelle und tiefe Klassendifferenzierung, einen so schnellen Anwuchs der proletarisierten Massen, so daß sie die Städte nicht einmal aufnehmen und ernähren konnten. Die Städte hatten ihre Armee von Arbeitslosen, die sich nicht ins Unendliche vermehren konnten. Deshalb mußten sich so viele Familien entschließen, zu emigrieren und ihr Brot außer den Grenzen ihres Vaterlandes suchen. Die Zahl dieser immerzu an.<sup>24</sup> In den 60. Jahren des 19. Jahrhunderts zogen aus Österreich-Ungarn 7800 Bewohner aus, in den 80. Jahren wuchs ihre Zahl auf 355.000 an, in den 90. Jahren auf 593 000. Der größte Aufstieg der Auswanderung wurde am Anfange des 20. Jahrhunderts ver-



zeichnet, als in den ersten 4 Jahren 784.600 Einwohner auswanderten. Viele waren aus den böhmischen Ländern; nach einigen Angaben kann man abschätzen, daß während der Jahre 1880—1910 auf die böhmischen Länder  $\frac{3}{4}$  Millionen Auswanderer zufließen.

Die Lage der Arbeiter war nicht in allen Fächern gleich, man kann aus einem Blick auf die zahlreichen und manigfaltigsten Unterschiede eben das Gegenteil feststellen. Die Angestellten der Schwerindustrie waren, relativ genommen, daran am besten. Sie stellten eine Masse von 800.000 Arbeitern dar. In unserer Epoche waren sie an der Spitze der Kämpfe der Arbeiter mit ihren Ausbeutern.

Eine der gefährlichsten Fragen im Kampfe der Arbeiterklasse war die Dauer der Arbeitszeit. Gesetzlich wurde im Jahre 1885 nur ein 11stündiger Arbeitstag bewilligt, im Bergbau ausnahmsweise nur 10 Stunden. Wie war aber die Wirklichkeit im Jahre 1905, wo schon bestimmte Änderungen zu Gunsten der Arbeiter erwartet werden konnten? In den österreichischen Kohlengruben arbeiteten mehr als 20 % aller Arbeiter mehr als die gesetzlich bewilligten 10 Arbeitsstunden. Auch der Arbeitstag anderer Angestellten in der Schwerindustrie, z. B. der Metallarbeiter, dauerte 10, 11, manchmal auch 12 Stunden.

Man kann sich deshalb nicht wundern, daß die Forderung einer Kürzung der Arbeitszeit fast immer die wichtigste in der Streikbewegung war. Noch drückender war dabei die Situation in den Leichtindustriestufen. Betrachten wir z. B. die Textilarbeiter und die Bauarbeiter, die schon bei der Betriebszählung im Jahre 1902 zusammen eine Masse von  $1\frac{1}{2}$  Millionen Menschen bildeten. In Mähren und in Schlesien arbeiteten die Textilarbeiter insgesamt mehr als 10 Stunden und die Bauarbeiter durchschnittlich 11 Stunden. Die Textilarbeiter wurden zu Sklaven ihrer Maschinen, die den Webstuhl ersetzten und die landwirthliche Krise der Textilindustrie, wie auch der Zufluß neuer Arbeiter und vor allem neuer Arbeiterinnen aus dem Lande, die alle Arbeitsbedingungen annahmen, verschlimmerten ihre Lage. Bei den Bauarbeitern spielte ihr kleines Selbstbewußtsein eine große Rolle und ebenfalls der Charakter ihrer Arbeit, die meistens Saisonarbeit war. Die Unternehmer verstanden, alle angeführten Faktoren zu ihren Gunsten auszunützen.

Bei den Stadtarbeitern wurden die derbsten Arbeitsbedingungen bei den Bäckern festgestellt, die z. B. in Brünn eine durchschnittliche Arbeitszeit von 15 Stunden zu leisten hatten. Mit diesen konnten nur die Landarbeiter und die kleinen Ackerbauer verglichen werden. Schon allein die Klassendifferenzierung, z. B. des mährischen und schlesischen Landes, ließ sehr klare Tatsachen für sich sprechen: 76 % der kleinen Landwirte besaßen höchstens 2 ha Boden; nur die übrigen 24 % bildeten Mittellandwirte und Großgrundbesitzer.

Auf den umfangreichen Latifundien und den mittelgroßen Grundbesitzern arbeitete viel Gesinde, für das eine Gesindeordnung beinahe aus der Hälfte des 19. Jahrhunderts galt; was die Arbeitszeit betrifft, gab es keine Grenze und sie betrug viel mehr als 12 Stunden, denn die Hauptforderung der Landarbeiter war in einigen Fällen ein Arbeitstag von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends.<sup>25</sup>

Ein großer Feind der Länge der Arbeitszeit, auch wenn sich die Arbeiter ihre Kürzung erkämpfen, waren die Überstunden, zu denen die Arbeiter oft gezwungen wurden und umsonst arbeiten mußten, wie es der Fall bei den Brünnern Textilarbeitern war.<sup>26</sup> Die Tatsache wird am besten durch ein Beispiel bewiesen. Im letzten Vierteljahre des Jahres 1905 und im ersten Vierteljahre des Jahres 1906 arbeiteten die Arbeiter in Mähren und Schlesien insgesamt 54 613

elfstündige Arbeitstage als Überstunden. Trotz vieler Arbeiterbewegungen erreichten die Arbeiter keine markantere Besserung bis zum Weltkriege.

Eine bestimmte Reduzierung der Arbeitsstunden wurde in einigen größeren Betrieben durchgeführt, aber die Arbeitszeit schwankte immer noch zwischen 9 und 14 Stunden. Eine 8stündige Schichte war in Österreich Ausnahme. In Wirklichkeit waren nicht einmal die Arbeiter der Betriebe, in denen die Arbeitszeit gekürzt wurde, besser daran. Je kürzer sie arbeiteten, umso größere Intensität wurde von ihnen verlangt durch die Akkordarbeit.

Der zweite Grundfaktor des Lebensniveau der Arbeiter war der Lohn. Einführend ist es notwendig zu konstatieren, daß die Löhne ungewöhnlich verschieden waren. Ich will nur einige Angaben zitieren, die zur teilweisen Information dienen sollen. Zum Beispiel: ein Bergmann verdiente im Ostrau-Karwiner Revier nach statistischen amtlichen Daten vom Jahre 1905 durchschnittlich 3,77 K per Schichte, im Revier Rositz-Oslavany nur 2,78 K. Ein Kohlenfuhrmann hatte in Ostrau durchschnittlich 2,53 K, in Rositz 2,03 K, usw. Die angeführten Löhne scheinen aber im Vergleich mit den Forderungen der Bergleute ungenügend hoch festgesetzt. Die Ostrauer Bergleute verlangten noch im Jahre 1906 diese Löhne: für Arbeiter bis 18 Jahren 1,50 K, von 18—22 Jahren 2 K, von 22 bis 26 Jahren 2,50 K, für die Altersgrenze von 26—30 Jahren 3 K, und schließlich für über dreißig Jährige 3,50 K. Nicht einmal die höchste Forderung erreichte den amtlich festgestellten Durchschnitt von 3,77 K für eine Schichte.<sup>27</sup>

Der durchschnittliche Lohn der Metallarbeiter bewegte sich zwischen 2,50 K und 3,50 K für einen Arbeitstag. Dabei wurden an die Arbeiter immer größere Ansprüche gestellt; sie mußten ihre Leistung immer wieder erhöhen, um sich ihre Anstellung zu erhalten. So z. B. genügte den Bergleuten aus dem Ostrau-Karwiner Kohlenbecken im Jahre 1901 eine durchschnittliche Leistung von 177 Tonnen Kohlen, im Jahre 1906 wurde ihre Leistung bis auf 204 Tonnen erhöht. Der durchschnittliche Erwerb stieg dabei nur um 12 Heller per Schichte an.

Die Arbeiter im Bereiche der Leichtindustrie erreichten nicht einmal solche Lohnergebnisse, obwohl sie eine längere Arbeitszeit hatten. Ein Textilarbeiter aus Mähren und Schlesien verkaufte seine Arbeitskraft für 6—8 K wöchentlich. Die Fabrikanten verteilten die Arbeit absichtlich so, daß eine Handvoll erwählter Arbeit 30—40 K wöchentlich verdiente, während die Übrigen sich mit dem angegebenen Durchschnitt zufriedenstellen mußten.<sup>28</sup> Diese absichtliche Bildung von Arbeiteraristokratie war für die Arbeiterbewegung sehr gefährlich.

Das schlimmste Übel in der Lohnpolitik der österreichischen Wirtschaft war ihre Manigfaltigkeit, waren ihre Widersprüche. Es war selbstverständlich, daß die Unternehmer die Arbeit der Jugendlichen und Frauen sehr niedrig belohnten. Zu einem anderen Konflikte kam es wegen des Unterschiedes der Löhne in den verschiedenen Gebieten. Im Jahre 1900 betrug der Durchschnittslohn eines Arbeiters in Wien 3,25 K, in Prag 2,25 K, in Brünn 2,13 K. Unterschiede ähnlichen Charakters waren in allen Betriebszweigen. Es ging daraus eine bedeutungsvolle Schlußfolgerung hervor: die Arbeiter slawischer oder anderer unterworfenen Nationalitäten wurden für dieselbe Arbeit verhältnismäßig weniger bezahlt als die Arbeiter der herrschenden Nation — die Deutschen.

Ein weiterer Unterschied war zwischen dem Zeit- und Akkordlohne; dabei waren die Unternehmer bestrebt, alles auf den Akkordtarif zu überführen, durch denselben erzielten sie nämlich eine höhere Arbeitsintensität. In Ostrau wurde z. B. 50 % der gesamten Arbeit in dem Maschinenbau, bei den Hochöfen, in den

Walzereien, bei der Produktion von Brücken und Kessel, Röhren, gegöbten Stahls, Briketten usw. auf Akkordlohn überführt. Der Unterschied beider Formen der Belohnung war manchmal sehr wesentlich. Die Akkordarbeit gab manchmal die Möglichkeit eines sogar doppelten Verdienstes.<sup>29</sup>

Das Bild des Lebensniveau wäre unvollständig, wenn wir uns wenigstens in Kürze nicht mit den Preisen verschiedener Produkte, besonders mit den Produkten des täglichen Bedarfs, bekanntmachen würden. Die gesamte Tendenz in der Entwicklung der Preise war von einer großen Teuerung bezeichnet, welche als ein neuer Faktor zur Herabsetzung der realen Löhne beitrug. Was half es z. B. den Bergleuten des Ostrau-Karwiner Reviers, daß ihnen in den Jahren 1903—1908 die Löhne um 22 bis 24 % erhöht wurden, wenn in der gleichen Zeit der Preis, z. B. des Weizenmehls um 50,5 %, des Kornmehls um 54 %, des Füttermehls um 47,7 % anstieg?<sup>30</sup>

Die Teuerung blieb nicht einmal vor der Konjunktur der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1905—1907 stehen. In den Jahren 1901—1908 stiegen die Preise des Weizens in Mähren von 16,03 K auf 22,99 K, des Korn von 14,48 K auf 21,90 K, der Gerste von 14,16 K auf 18,40 K usw. Zur gleichen Zeit erweis sich auch ein Preisunterschied in den böhmischen Ländern und in Österreich selbst, besonders aber in Wien und Umgebung. Die Wiener Preise fast aller Lebensartikel waren niedriger.<sup>31</sup> Hand in Hand mit dem Anwuchs der Preise der Lebensbedürfnisse stiegen auch die Preise der Industrieprodukte an. Wie denn auch anders, wenn doch die Preise der Rohstoffe und Rohfabrikate noch in den Jahren 1905—1907 einen schrägen Aufstieg aufwiesen.<sup>32</sup> So wuchs z. B. der Preis des Rohkupfers um 62,5 %, des Zinns um 52,7 %, des Bleis um 73,6 %, des Messingblechs um 51,8 %, des Platins um 85 % usw.

Den angeführten Lohn- und Preisbedingungen entsprach z. B. die Wohnungskultur des Arbeiters. Eine offizielle Durchforschung Ostraus bewies, daß nur 6734 Bergarbeiterfamilien in wirklichen Wohnungen wohnten; von ihnen 17,5 % in einem Zimmer, 80,3 % in zwei Räumen. Die Wohnungen waren klein, bei mehr als der Hälfte dieser Fälle betrug die Wohnfläche für eine Person weniger als 4 m<sup>2</sup>. Im Falle, daß die Bergleute in entferntere Orte zur Arbeit fahren mußten, gewährten ihnen die Grubenbesitzer Obdach in gemeinsamen Herbergen, den sogenannten Kasernen. In mehr als 84 % aller Fälle gewährten sie ihren Einwohnern nicht mehr als 5 m<sup>2</sup> Wohnfläche.<sup>33</sup>

Die Arbeiter hatten nicht mit der langen Arbeitszeit zu kämpfen, aber auch mit der hohen Intensität der Arbeit, den hohen Preisen und den niedrigen Löhnen, aber auch mit den Nachfolgen der oberwähnten Tatsachen: mit Krankheit, Elend und Hunger. Zum Beispiel nur in Brünn wohnten im Jahre 1905 3500 Familien, die nicht ohne Unterstützung auskommen konnten. Die Gemeindeunterstützung wurde nur in der Höhe von 10 K ausgezahlt, höchstens aber 50 Heller täglich. Ein sehr üblicher Grund des Elend und des Hungers waren die ansteigenden Unfälle in den Betrieben. Nur die gemeldeten Unfälle in Österreich stiegen von 64 422 Fällen im Jahre 1896 auf 104 099 Fälle im Jahre 1905 an. Jährlich wurde auch die Ernte der schrecklichsten Proletariatskrankheit — der Tuberkulose größer. In Brünn starben z. B. in den Jahren 1905—1907 über 600 Personen an TBC, die meisten davon waren Arbeiter und Kleinbeamte.<sup>34</sup>

Der Landtag und auch das Parlament hatten kein Interesse an dem Abschaffen wenigstens einiger der markantesten Faktoren des un menschlichen Lebens des Proletariats. Sehr fühlbar äußerte sich der Mangel an Spitälern und anderer

Anstalten. Am besten erfaßte das Josef Hybeš mit den Worten: „Der Landtag überließ die Waisen den Gemeinden, die Blinden überließ er der öffentlichen Wohltätigkeit, und die anderen, die Stummen, Blöden, die Krüppel und sonst irgendwie Beschädigte ließ er sich durch das Leben hindurchschlagen, wie es nur ging.“<sup>35</sup> Der Reichsrat und das Parlament sorgten nur dafür, aus den Leuten soviel als möglich zu erwerben. War dies nicht mehr auf dem Arbeitsplatze möglich, dann wenigstens durch Steuern. Der Analyse von J. Hybeš zufolge betrug die Steuern, die vor allem die Arbeiterklasse zahlte, 916 836 100 K im Jahre 1905, während die Steuern, die die wohlhabende Klasse zahlte, nur 270 654 162 K betrug. Es war kein Wunder, daß unter diesen Bedingungen die Arbeiter früh starben. Nach einer Durchforschung des Ostrauer Beckens wurde festgestellt, daß im Jahre 1901 70 % von Arbeitern, die in Kohlengruben arbeiteten, höchstens 30 Jahre alt waren, 23 % bis 40 Jahre hatten und nur 7 % über 40 Jahre. Deshalb kann man sich auch nicht über die Tatsache wundern, daß 19 % der Ostrauer Arbeiter Analphabeten waren und 4,1 % nur lesen konnten.<sup>36</sup>

Eine ähnliche Aufgabe — wie die Steuer — hatte auch der Zoll. Vom Jahre 1900 stieg der Zoll für 1 q Korn von 3,17 K auf 7 K an, bei einem Zentner Weizen von 1,79 K auf 4 K, für eine Kuh von 7,14 K auf 30 K an, usw. Die Nachfolgen des erhöhten Zolls erwiesen sich schon im Jahre 1906, nämlich durch das wesentliche Sinken der Einfuhr von Fleisch und Tieren.

Alle angeführten Tatsachen über das Lebensniveau der Arbeiter sind Zeugen, daß der Antritt des Imperialismus in Österreich eine gesetzmäßige Folge hatte: die Verelendung des Volkes. Das war eine der wesentlichsten und objektivsten Bedingungen für den Ursprung der revolutionären Situation im Lande. Das war eine Quelle des Wuchses der revolutionären Tätigkeit der Massen, die sich sowohl in den Kämpfen mit wirtschaftlichem Charakter, als auch in den politischen Kämpfen äußerte. Die bisher angeführten Daten sind aber zugleich Zeugen der Uneinheit der Arbeiterklasse, die aus den nationalen und anderen Konflikten sproß. Die Quelle der Zwietracht lag in einer Schichte der sogenannten Arbeiteraristokratie. Am meisten aber öffnete die Kleinproduktion die Tür den opportunistischen Ideen der Arbeiterklasse, die besonders in den böhmischen Ländern sehr verbreitet war; sie entstand infolge der hastigen Konzentration der Produktion. Sehr zahlreich war sowohl die Stadt- wie auch die Landkleinbourgeoisie.

Die Kleinbourgeoisie war immer ein schwankendes Element. Das Privateigentum der Produktionsmittel verband sie mit der Bourgeoisie, die unmittelbare Einschaltung in den Arbeitsprozeß dagegen brachte sie der Arbeiterklasse näher. Soweit die wirtschaftliche Situation die Proletarisierung eines Teils der Kleinbourgeoisie verursachte, hörte dieselbe nicht auf, die Quelle der opportunistischen Tendenzen zu sein, die sich dann in der Arbeiterbewegung negativ äußerten.

Andererseits war es nicht möglich, zu übersehen, daß die Raubgier des Imperialismus auch diese gesellschaftliche Schichte stark revolutionierte, so daß mit ihr als Verbündetem des Proletariats in der revolutionären Bewegung gerechnet werden konnte.

Nur einem kleinen Teil der Kleinbourgeoisie gelang es, in das Lager der Bourgeoisie überzugehen. Aber auch die Bourgeoisie war nicht einig. Die Spaltung in ihren Reihen verursachte nicht nur das Kapital, aber vielleicht noch mehr die nationalen Uneinigkeiten. Diese spitzten sich am meisten unter der böhmischen und der deutschen Bourgeoisie zu. Außerdem wurde die Bourgeoisie auch durch

die wirtschaftliche Krise differenziert. Die Verbindung dieser beiden Widersprüche beeinflusste auch die Lage der böhmischen Länder in Österreich. Die böhmische Bourgeoisie besaß eher kleine und mittlere Betriebe, während die Großproduktion stark vom deutschen Kapital beinflußt war, sowohl in den Industrie als auch in der Landwirtschaft. Einerseits wurde die wirtschaftliche und politische Macht der tschechischen Bourgeoisie dadurch geschwächt, andererseits trieb es diese immer in nationalistische Streite, in den Kampf für Gleichberechtigung mit den Deutschen.

Die Regierung war nicht im Stande, alle diese Widersprüche durch einen normalen Weg des bürgerlichen Parlaments zu läutern und mußte deshalb immer mehr den berichtigten 14. Paragraphen gebrauchen, der ein Symbol der bisher bestehenden feudalen Überbleibsel war und besonders eine Stütze der ehemaligen absolutistischen Regierung. Entscheidungen auf Grunde des § 14 mußten nicht nur mit der Arbeiterklasse und der Kleinbourgeoisie, aber auch mit der Bourgeoisie in Zwiespalt geraten, vielleicht nur mit der Ausnahme der Interessen der reichsten Großbourgeoisie. Der § 14 half noch die politische und die wirtschaftliche Krise in Österreich-Ungarn vertiefen.

Was bedeuteten die bisherigen Schlußfolgerungen für die Entstehung der revolutionären Situation? Die Monarchie machte eine wirtschaftliche und politische Krise durch, die ohne Ausnahme die ganze Gesellschaft betraf. Diese verursachte bedeutende Umwälzungen in der wirtschaftlichen und politischen Machtstellung des Adels, der Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie. Dazu vertiefte noch die Krise der „höheren Schichten“ die Nationalitätsfrage. Die Regierung mußte sich in den ernstesten Augenblicken durch absolutistische Methode helfen. Die Unzufriedenheit der Werktätigen, ihre wachsende Verarmung war sichtbar. Das war nicht nur eine passive Unzufriedenheit, im Gegenteil, die Arbeiter bezeugten ihre Aktivität durch unzählige Streike und durch Aufruhr.

Die Zusammenfassung all dieser objektiven Änderungen, die sich als Begleiterscheinungen des österreichischen Imperialismus offenbarten, bildeten in Österreich zweifellos eine revolutionäre Situation. Es war nicht die Schuld objektiver Faktoren, daß diese nicht in eine Revolution überwuchs. Dazu war in jedem Fall unvermeidlich nötig, daß Österreich auch subjektive Änderungen der Gesellschaft hervorbrachte, vor allem die Fähigkeit der Arbeiterklasse durch revolutionäre Aktionen die Regierung zu stürzen. Die österreichische Arbeiterschaft hatte dazu ihre politische Partei, die Sozial-Demokratie, die in einigen selbständigen Organisationen der Nationalität nach gegliedert war. In den böhmischen Ländern war es die tschechoslawische Sozial-Demokratie, in der im Jahre 1906 über 100 000 Arbeiter organisiert waren. Viele Arbeiter waren in Gewerkschaftsorganisationen organisiert, die in vielen Fällen die sozial-demokratische Partei ersetzten. Wir können sagen, daß die Arbeiterpartei in den böhmischen Ländern über einen genügenden Apparat und über eine Masse Mitglieder verfügte, mit deren Hilfe sie die revolutionären Aufgaben bewältigen konnte. Dazu fehlten ihr auch nicht Erfahrungen aus den Kämpfen in der vergangenen Periode. Es wurde bewiesen, daß sich die Sozial-Demokratie auch auf die Verbündeten aus den Reihen der revolutionären Kleinbourgeoisie verlassen konnte.

In Österreich fehlten also auch nicht einige notwendige Elemente subjektiver Änderungen, die die revolutionäre Situation in eine Revolution aufrütteln sollten. Es enttäuschte aber die überaus wichtige Vorhut des Proletariats — die österreichische Sozial-Demokratie, die ihre eigene Krise durchmachte, in der schließ-

lich der größte Teil der Führung dem Opportunismus unterlag. Durchaus typisch erwiesen sich alle Faktoren der revolutionären Situation und schließlich auch die der subjektiven Änderungen in den böhmischen Ländern. Böhmen, Mähren und Schlesien hatten große Voraussetzungen an der Spitze der österreichischen bürgerlich-demokratischen Revolution zu stehen. Alles scheiterte aber an dem Opportunismus der österreichischen sozial-demokratischen Parteien, welcher verursachte, daß in Österreich die revolutionäre Situation nicht in erwartete bürgerlich-demokratische Revolution überwuchs, sondern daß sie leer ausging. Diese Situation mußte nach der marx.-leninistischen Philosophie nur zu einem Ausgangspunkt führen: „zum Anfaulen“ Österreich-Ungarns bis zu dem Augenblick, wo eine neue revolutionäre Situation gebildet wird, die durch eine Revolution beendet werde.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> V. I. Lenin, Spisy 21; Praha 1957, S. 212.
- <sup>2</sup> Ebenda.
- <sup>3</sup> Ebenda. Spisy 31, S. 89.
- <sup>4</sup> V. I. Lenin, Vybrané spisy I, Praha 1950, S. 668.
- <sup>5</sup> Ebenda.
- <sup>6</sup> Z. Konečný, K problematice dělnického hnutí na Moravě a ve Slezsku v letech 1905—1907. Slezský sborník 1954, 1—2, S. 103 u. w. In der erwähnten Studie findet man noch weitere Beispiele.
- <sup>7</sup> Z. Pál Pach, Některé zásadní otázky tzv. pruského typu kapit. vývoje zemědělství v Uhrách za dualismu. Sammelschrift „Otázky vývoje kapitalismu v českých zemích a v Rakousku-Uhersku do r. 1918“, Praha 1957, S. 98.
- <sup>8</sup> Österreichische Statistik, Neue Folge, 3. Band. Berufstatistik . . . 31. Dezember 1910.
- <sup>9</sup> Österreichisches statistisches Handbuch 1905—1907. Vergleiche den höher zitt. Artikel von Z. Konečný.
- <sup>10</sup> Compass II, 1900—1908.
- <sup>11</sup> K. Herman, K vývoji českého kapitálu. Vergleiche den höher zitt. Sammelschrift.
- <sup>12</sup> Compass I, 1890—1918; Österreichische Statistik, Banken.
- <sup>13</sup> Das Beispiel der Handelskammer in Olmütz ist nicht zufällig. Die Olmützer Handelskammer ist nämlich die einzige in Mähren und Schlesien, von der archivalisches Material erhalten ist. Die Export-Industrie im Bezirke der Handels- und Gewerbekammer in Olmütz. O. 1891. Staatsarchiv Janowitz (weiterhin nur SAJ HGK), K. 280, III.
- <sup>14</sup> SAJ HGK, K. 166, Exh. Nr. 21564.
- <sup>15</sup> Ebenda, K. 193—194, V, Exh. Nr. 237; K. 176.
- <sup>16</sup> Ebenda, K. 193—194, V, Exh. Nr. 543.
- <sup>17</sup> Ebenda, K. 215, V, Exh. Nr. 817.
- <sup>18</sup> Ebenda, K. 215—216, V, Exh. Nr. 17363, 1051.
- <sup>19</sup> Ebenda, K. 231, Exh. Nr. 1449; ein Bericht über die Versammlung der Interessenten am Exportverkehre nach Rußland, welche am 9. März 1905 im Festsale der Niederösterreichischen Gewerbevereines Wien I. stattgefunden hat.
- <sup>20</sup> Ebenda, K. 233, VII, Exh. Nr. 2795.
- <sup>21</sup> Obchodní listy III, Nr. 7, Juli 1900. Aus Privatbriefen aus dem Auslande.
- <sup>22</sup> Lidové noviny X, Nr. 18, 23. I. 1902; „Österreich und Rußland“.
- <sup>23</sup> Ebenda, Nr. 30, 6. II. 1902: „Der Weg des Erzherzoges Franz Ferdinand nach Rußland.“ Oder Nr. 40, 18. II. 1902; „Der Dreibund.“ Oder Nr. 283, 10. XII. 1902; „Die russische Ausstellung.“
- <sup>24</sup> E. Burian, Hospodářské a sociální poměry na Moravě. Brno 1905.
- <sup>25</sup> Staatliches Archiv Brünn, Die mährische Stadthalterei-Präsidium (weiter nur SAB MSP), F. 271 Exh. Nr. 4666; F. 277, Nr. 6423.
- <sup>26</sup> SAB MSP, F. 279, Exh. Nr. 764.
- <sup>27</sup> Statistisches Jahrbuch des k. k. Ackerbau-Ministeriums 1906.
- <sup>28</sup> SAB MSP, F. 273, Nr. 8000; F. 271, Nr. 4139; F. 275, Nr. 7212; F. 279, Nr. 764 u. a.
- <sup>29</sup> Arbeitsverhältnisse im Ostrau-Karwiner Steinkohlenreviere I, II, Wien 1904.

<sup>30</sup> Z. Konečný, Materiály k hospodářským a sociálním poměrům ve Slezsku v letech 1870—1914. Im Drucke. Tab. Nr. 10.

<sup>31</sup> Österreichisches statistisches Handbuch 1900—1909.

<sup>32</sup> Obchodní listy X, Nr. 13, 22. III. 1907. „Der Aufstieg der Preise.“

<sup>33</sup> Arbeitsverhältnisse im O. K. Steinkohlenreviere I, II.

<sup>34</sup> Rovnost XXII, Nr. 25.

<sup>35</sup> J. Hubeš, Nová výzva do boje. Brno 1905. E. Burian, Hospodářské a sociální poměry na Moravě, Brno 1906.

<sup>36</sup> Arbeitsverhältnisse... II.

Übersetzt von dr. M. Ondrusová

## К ПОЛОЖЕНИЮ АВСТРО-ВЕНГРИИ НАКАНУНЕ ПЕРВОЙ РУССКОЙ РЕВОЛЮЦИИ 1905—1907 ГГ.

Автор на основании теоретического изложения и конкретного анализа объективного и субъективного положения сделал попытку ответить в своей статье на вопрос, сообразно ли в Австро-Венгрии в начале 20 в. революционное положение. В австро-венгерской монархии возник экономический и политический кризис, охвативший все слои тогдашнего общества; наоборот этот кризис привел к значительной перестановке сил дворянства, буржуазии и мелкой буржуазии. Разложение монархии обострилось также национальным вопросом. Правительство в это самое важное время должно было пользоваться абсолютистскими методами. Возрастало недовольство трудящихся. Все вышеупомянутые объективные изменения создали в Австро-Венгрии, несомненно, революционное положение; не было виной объективных факторов, что оно не переросло в революцию. Для этого были необходимы также субъективные изменения общества; революционное настроение рабочих существовало, однако социал-демократическая партия, руководящая партия рабочего движения, не оправдала доверие прогрессивных сил общества; ведь на большинство ее представителей оказал влияние оппортунизм. Факторы революционного положения больше всего развились в чешских землях, где были все предпосылки для того, чтобы стать во главе австрийской буржуазно-демократической революции. Однако оппортунистическое руководство социальной демократией было виновато в том, что революционное положение осталось неиспользованным; австро-венгерской монархии надо было ждать нового революционного положения, которое завершилось бы революционным переворотом.

Перевод: Йиржи Бронец